

WEF sucht Wege aus der Krise

Am Jubiläums-WEF diskutieren Top-Shots eine neue Wirtschaftsordnung

«Wir werden nicht viel Zeit mit Feiern verbringen», sagte der Gründer des World Economic Forum (WEF), Klaus Schwab, gestern im Genfer Vorort Cologny, als er über das bevorstehende WEF informierte.

CHRISTIAN DORER, PATRIK MÜLLER
Zum 40. Mal trifft sich die Weltelkommende Woche in Davos. Doch noch nie schaute sie auf ein wirtschaftlich derart turbulentes Jahr zurück. Viele hoffen deshalb, in Davos Antworten zu finden, wie es weitergehen soll. Und so ist auch die 40. Ausgabe einmal mehr ein Rekord-WEF: 2500 Teilnehmer aus 90 Ländern reisen an, darunter mehr als 1400 CEOs oder Verwaltungsratspräsidenten, über 30 Staatschefs, 12 Zentralbank-Chefs, rund 50 Chefs von internationalen Organisationen.

Haiti auf der Agenda

Das diesjährige Motto lautet «Den Zustand der Welt verbessern: überdenken, umgestalten, erneuern». Schwab sagt dazu: «Die Welt hat sich fundamental verändert. Nach der Finanzkrise kam die Wirtschaftskrise, und jetzt droht eine soziale Krise.» Denn die Staaten haben sich massiv verschuldet, die Arbeitslosigkeit sei gestiegen. «Weder Unternehmen noch Regierungen können das Problem allein lösen», so Schwab, «das geht nur gemeinsam.» Das WEF will eine Diskussionsplattform bieten, 2010 mehr denn je.

Das schwer verwüstete Haiti ist kurzfristig auf die WEF-Agenda gerückt. «Wir werden mit Ex-US-Präsident Bill Clinton, dem UNO-Sondergesandten für Haiti, eine Initiative star-



KÖNIGIN RANIA
Young Global Leaders.



BILL CLINTON Kommt seit 2000 jedes Jahr.



BILL GATES Vertritt seine Stiftung.



JACOB G. ZUMA Will für WM begeistern.

ten, damit sich Unternehmen langfristig beim Wiederaufbau in Haiti engagieren», so Schwab. Die beiden haben am Forum einen gemeinsamen Auftritt. Zudem wird ein Desk eingerichtet, wo Firmen beraten werden, die helfen wollen.

Aus der Wirtschaft reisen die obersten Chefs praktisch aller grossen Unternehmen an, so von ABB, Airbus, Bombardier, BP, Coca-Cola, CS, Dell, Deutsche Bank, Lufthansa, Google, McKinsey, Mitsubishi, Nike, Novartis, PepsiCo, Renault-Nissan, Siemens, Shell, Toyota, UBS, Unilever, Vodafone, Volkswagen.

WORÜBER SIE IN DAVOS SONST NOCH REDEN

Vom 27. bis 30. Januar finden am WEF über 200 Diskussionsrunden zu den grossen wirtschaftlichen und politischen Themen statt. Daneben gibt es aber auch immer wieder Workshops zu eher unerwarteten Themen: «Gibt es Leben auf anderen Planeten?» oder: «Die weltweiten Antworten auf Alzheimer überdenken». Denn unter den WEF-Teilnehmern sind

auch rund 200 Topwissenschaftler aus aller Welt. Weitere Podien, die meist zum Abschluss eines reich befruchteten Tages stattfinden: «Die Kraft von Musik», «Viren – die Ausserirdischen unter uns», «Revolutionäre Architektur», «Die Kunst, Musik zu improvisieren» – und «Avatar», mit dem CEO des US-Filmproduzenten Fox als Referenten. (CHD/PMÜ)

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy wird das WEF zusammen mit Bundespräsidentin Doris Leuthard eröffnen.

Ebenfalls in Davos: Hundertschaften von Wissenschaftlern, geistlichen Führern, Medienchefs.

Gesetz gegen Datenklau

Bundesrat will Amtshilfe regeln

Nach der Affäre um gestohlene Kundendaten bei der Genfer Filiale der Bank HSBC will der Bundesrat die Amtshilfe in Steuersachen gesetzlich regeln. Den Anstoss dazu gab die Absicht der französischen Behörden, aufgrund von gestohlenen Daten Amtshilfe zur Überführung von Steuerbüchern zu verlangen. Finanzminister Hans-Rudolf Merz hat bereits im Dezember angekündigt, solche Fälle rechtlich regeln zu wollen. Ursprünglich war laut dem Eidgenössischen Finanzdepartement dafür nur eine Verordnung vorgesehen. Aus rechtsstaatlichen Überlegungen habe der Bundesrat aber entschieden, die Thematik auf Gesetzesstufe zu regeln. Da «ein erhebliches Interesse an einer rasch realisierbaren Regelung» bestehe, soll bis zum Inkrafttreten eines Gesetzes eine befristete Verordnung die Umsetzung der Amtshilfe regeln. Diese schickt der Bundesrat bis Ende April in die Anhörung. (DDP)

Zwei, die sich nichts schenken

EDF-Chef Henri Proglio und Anne Lauvergeon von Areva schaden Frankreichs Atomindustrie

Nach einer Serie harter Rückschläge bricht in der französischen Atomwirtschaft offener Streit aus. Die Regierung versucht verzweifelt zu schlichten.

STEFAN BRÄNDLE, PARIS

In der französischen Atomindustrie droht Überhitzung. Und dies nicht so sehr, weil die 58 französischen Kernreaktoren angesichts der tiefen Temperaturen auf Hochtouren drehen. Die Gefahr droht wegen zweier Hitzköpfe. Sie sind Geschäftspartner, fahren aber gegeneinander «schwere Artillerie» auf, wie sich die Pariser Presse ausdrückt.

Auf der einen Seite geht eine Frau in Stellung: Anne Lauvergeon, Gründerin und langjährige Chefin des weltgrössten Atomkonzerns Areva. Auf der anderen Seite greift ein Newcomer an: Henri Proglio, der frisch gekürte Chef von Electricité de France (EDF), der grössten Energieherstellerin Europas. Als der



STREITHÄHNE Henri Proglio und Anne Lauvergeon. HO

EDF-Boss Ende letzten Jahres von Präsident Nicolas Sarkozy nominiert wurde, warf er seiner neuen Partnerin im Atomgeschäft gleich den Fehdehandschuh hin: Die gesamte französische Nuklearindustrie gehöre neu geordnet, meinte er. Dies müsse unter der Oberaufsicht der EDF geschehen, Areva gehöre in seine Bestandteile aufgelöst.

Lauvergeon trägt in der Branche nicht von ungefähr den Übernamen «Atomic Anne»: Die frühere Beraterin des sozialistischen Präsidenten

Mitterrand unterbrach kurzerhand die Zufuhr von Kernbrennstoff an die Atomreaktoren der EDF. Diese halte die Abmachungen nicht ein, monierte die 50-jährige Burgunderin mit Verweis auf ein Abkommen im Umfang von 850 Millionen Euro.

Proglio holte zum Gegenschlag aus, als Südkorea der französischen Atomindustrie unlängst einen 20-Milliarden-Vertrag in Abu Dhabi vor der Nase wegschnappte. Verantwortlich sei Lauvergeon, machte der EDF-Chef kurzer-

hand geltend. Lauvergeon schnödete öffentlich: «Die EDF hängt einer Art universellem Traum nach und will weltweit Nuklearlieferant sein, vergisst aber ein wenig, dass man zu Hause beginnen muss, im Stade de France.»

Die französische Regierung ist zunehmend besorgt über den «offenen Krieg» – so die Zeitung «La Tribune» – zwischen den zwei Exponenten der nationalen Atomindustrie. Der Zoff könnte sich auf die anderen AKW-Ausschreibungen, für die sich Sarkozy bei seinen Auslandsbesuchen systematisch einsetzt, verheerend auswirken. Um den Schaden zu begrenzen, lud Premier François Fillon gestern die beiden Streithähne vor. Über das Treffen drang vorerst nichts an die Öffentlichkeit. Doch die Pariser Medien sind sich einig, dass zur Wahrung der französischen Atominteressen eine(r) der beiden über kurz oder lang des Sessels räumen muss.

Gisler



MARKUS GISLER

Obama-Steuer nicht kopieren

DIE SONDERSTEUER, mit der Barack Obama die US-Banken ab einer Bilanzsumme von 50 Milliarden (ohne Kunden-Sparguthaben) zur Kasse bitten will, gefällt den meisten Regierungschefs auch in Europa Verständlich, denn wenn die USA mit neuen Steuern vorangeht, braucht es weder Mut noch Weitsicht, sich dieser sprudelnden Geldquellen zu verschliessen, zumal es im Moment ohnehin populär ist, die Banken an die Kandare zu nehmen.

DIE IDEE, das Fremdkapital einer Bank mit 0,15 Prozent pro Jahr zu besteuern, hat in der Tat etwas Verführerisches. Damit verteuert sich das Risiko, just der kritischste Punkt im Geschäftsmodell einer Bank, was – zumindest vordergründig – die Banken tendenziell zum Abbau von Risiken ermuntern sollte.

BLOSS WIRD DIES WUNSCHTRAUM bleiben. Die Geldhäuser werden selbstverständlich die Steuer weiterreichen, der Disziplinierungseffekt bleibt mit Garantie aus. Vor allem aber sind die Investmentbanken, die mit traditionell tiefen Bilanzsummen hohe Gewinne erzielen, gegenüber den grossen Instituten bevorzugt: Sie trifft die Steuer weniger stark. Schon gar nicht besteuert werden Hedge Funds, welche in der Regel die grössten Risiken eingehen. Ferner ist die Willkürlichkeit bei 50 Milliarden gezogene Grenzen ungerecht und führt zu einer Wettbewerbsverzerrung. Der Steuer geht also die Lenkungswirkung ab, die beiden drängendsten Probleme bleiben ungelöst: Weder animiert die Steuer die Aktionäre der Banken, ihren Angestellten die horrenden Boni zu kürzen, noch zwingt sie die Banken, ihr Eigenkapital zu erhöhen.

DIE US-REGIERUNG versucht nun, Europa und auch die Schweiz dazu zu bewegen, ihrem Beispiel zu folgen. Aus nachvollziehbarem Grund: Die Regierung Obama weiss genau, dass sie mit der Sondersteuer nicht nur die eigenen Banken benachteiligt, sondern auch die Wall Street als Finanzplatz um 15 Basispunkte schwächt. Das kann sehr wohl bedeuten, dass die grossen Banken ganze Geschäftszweige weg von Manhattan nach London, Zürich, Frankfurt oder Singapur verlegen. Wieso aber sollen andere, also auch die Schweiz, für die Amerikaner die Kohlen aus dem Feuer holen? Vergessen wir nicht, dass die Finanzkrise in den USA verursacht wurde und ihren Ursprung in einer Politik der falschen Anreize hatte: eine irrwitzige Wohneigentumsförderung der Regierung Bush, gekoppelt mit einer viel zu largen Geldpolitik des Fed verursachten die Immobilienblase. Die Investmentbanken waren keiner Aufsicht unterstellt, und die (amerikanischen) Rating-Agenturen hatten kläglich versagt.

DIE OBAMA-STEUER müssen wir nicht kopieren. Unser Interesse muss sein, dass die beiden Grossbanken CS und UBS möglichst ihr Eigenkapital aufstocken, und die Finma muss deren Risiken besser kontrollieren. Je rascher auch die UBS wieder gesundet, umso schneller zahlt sie wieder Steuern.

wirtschaft@azag.ch

Nachrichten

Roche investiert 190 Millionen

Der Pharmakonzern Roche investiert an den Produktionsstätten in Kaiseraugst (AG) und in Mannheim rund 190 Mio. Franken zur Herstellung eines Geräts, das Brustkrebspatientinnen die Verabreichung von biologischen Krebsmedikamenten selber ermöglichen soll. Die Patientinnen mussten bisher für die Infusion ins Spital. (DDP)

Ciba Lohnverhandlungen sind gescheitert

Bei den Lohnverhandlungen für die früheren Ciba-Standorte in der Schweiz des deutschen Chemiekonzerns BASF ist keine Einigung zustande gekommen. Daher wird die Firmenregelung für alle Ciba-Mitarbeiter wirksam, die ab Januar 2010 eine Erhöhung der Basissalärs um 0,9 Prozent vorsieht. Die Personalvertretung hatte eine Lohnhöhung von 2,0 Prozent gefordert. (DDP)

Bank of America Tief in den roten Zahlen

Die US-Grossbank Bank of America hat im vierten Quartal 2009 einen Verlust von 5,2 Mrd. Dollar eingefahren. Belastet wurde die Bilanz des Instituts durch den Ausfall von Verbraucher- und Immobilienkrediten sowie die Kosten für die Rückzahlung der milliardenschweren Staatshilfen. Für das Gesamtjahr wies die Bank ein Minus von 2,2 Mrd. Dollar aus. (DPA)

Bank Vontobel Ex-Manager freigesprochen

Für das Zürcher Bezirksgericht ist die Kapitalerhöhung der Private Equity Holding AG (PEH) im Jahr 2000 korrekt abgewickelt worden. Die beiden dafür verantwortlichen Ex-Spitzenmanager der Bank Vontobel, Hans-Peter Bachmann und Jörg Fischer, wurden deshalb vollumfänglich freigesprochen. Zentral stand die Frage, ob die Kapitalerhöhung schwindelhaft war oder nicht. (DDP)

Flugzeugbau Boeing streicht noch mehr Stellen

Die schwache Nachfrage nach Verkehrsflugzeugen zwingt Boeing zu weiteren Stellenstreichungen. «Es könnten rund 2000 Arbeitsplätze wegfallen», sagte ein Boeing-Sprecher. Er betonte aber, dass die Zahl noch nicht fest sei und davon abhängt, ob und wie sich der Flugzeugbau erhole. Im vergangenen Jahr hatte Boeing 4500 Stellen im Verkehrsflugzeugbau gestrichen. (DPA)